

Brennende Autos wie in Berlin

Toter bei Feuer in Apolda – Polizei sucht Weimarer Brandstifter im linksextremen Umfeld

**Von OTZ-Redakteur
Volkerhard Pacznalla**
Brände in Apolda und Weimar hielten in der Nacht zum Montag Feuerwehr und Polizeikräfte in Atem.

Nach dem Löschen des Feuers in einem Apoldaer Mehrfamilienhaus entdeckten die Rettungskräfte in einer Wohnung eine völlig verkohlte Leiche. Vermutlich handelt es sich um die Überreste eines 22-jährigen, der vermisst wird. Klarheit soll eine gerichtsmedizinische Untersuchung bringen. Vier Personen konnten von der Feuerwehr über eine Drehleiter gerettet werden, ein fünfter Bewohner durch einen Sprung aus der dritten Etage. Er verletzte sich dabei schwer. Das Haus wurde durch den Brand, der am frühen Montag Morgen aus noch ungeklärten Gründen

ausbrach, nahezu vollständig zerstört. Bei den Löscharbeiten verletzte sich ein 21-jähriger Feuerwehrmann, als Teile des Hausgebells herabstürzten.

Etwas weniger dramatisch, aber vermutlich mit politischem Hintergrund spielten sich in derselben Nacht mehrere Brände in Weimar ab. Zunächst flogen Feuerwerkskörper in ein Gebäude am Markt, das von der Polizeiinspektion Weimar als Stadtwaache genutzt wird. Unbekannte hatten die Fensterscheiben eingeschlagen und mit den Kanalkörpern in einem Raum Feuer verursacht. Zeugen wollen gegen 21.30 Uhr eine Gruppe von sieben oder acht verummantelten, schwarz gekleideten Personen gesehen haben, die sich in der Nähe des Tatorts aufhielt. Die Kripo nahm Ermittlungen auf.

Der entstandene Schaden wird auf etwa 500 Euro geschätzt.

Deutlich teurer dürfte die Spur der Verwüstung ausfallen, die Brandstifter im Stadtviertel der Klassikerstadt zogen. Nach Berliner Vorbild wurden parkende Autos angezündet, ein Mercedes Benz brannte völlig aus. Insgesamt sechs Pkw wurden zum Teil schwer in Mitleidenschaft gezogen. Glück im Unglück hatte der Weimarer Michael Hesse. Der am Reifen seines Opel Astra in Brand gesetzte Kohlenanzünder triefte offenbar nicht, den Reifen selbst zum Brennen zu bringen. „Ich denke, es war Kohlenanzünder, die Polizei spricht von Brandbeschleuniger“, sagte Hesse. Die Polizei gründete zur Aufklärung der Anschläge eine Arbeitsgruppe. Bei einer am Abend durchgeführten Durchsichtung eines

linken Szenotreffs in der Gerberstraße 1 in Weimar fanden LKA-Spezialkräfte sowie Polizeibeamte „verschiedenartige Gegenstände“ – darunter auch Feuerwerkskörper –, wie Polizeiberratt Andreas Hempel von der PD Jena bestätigte. Ob die Funde im Zusammenhang mit dem Anschlagen stehen, müsse noch geprüft werden.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Wolfgang Fiedler, warf die Frage auf, ob sich linksextreme Gewalt nun verstärkt in Thüringen einschleicht. Wenn ja, müsse das für die Ausrichtung des geplanten Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit Konsequenzen haben. Die platte Parole vom „Kampf gegen Rechts“ wird der komplexen Herausforderung nicht gerecht, sagte Fiedler.

Thüringer Allgemeine
vom 08.12.2009

Städtebund fordert Wohn-Pauschalen

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schlägt ein neues System zur Übernahme der Wohnkosten für Hartz-IV-Empfänger vor. Da der Bund 2010 seinen Anteil an den Kosten für Unterkünfte kürzt, fehlen in Thüringen 10 Millionen Euro.

BERLIN/ERPFURT (TA). Bund und Kommunen teilen sich die Unterkunftskosten für

Hartz-IV-Empfänger. Doch für 2010 wurde der Bundesanteil nun deutlich zurückgefahren.

„Das ist ungerecht“, kritisiert Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, im TA-Gespräch und fordert nicht nur eine höhere Beteiligung aus der Bundeskasse sondern eine Umstellung des Systems auf Wohnpauschalen. „Das ist bei jedem Bafög-Empfänger so und nie-

mand schreibt dem dann vor, auf wie viel Quadratmetern er zu wohnen hat.“ Das derzeitige Verfahren bevorzünde die Hartz-IV-Empfänger und führe zudem zu vielen Klagen.

Durch die Kürzung des Wohnkostenanteils verlorene die Kommunen in Thüringen 2010 zehn Millionen Euro, hieß es aus dem Finanzministerium. Jedoch komme das Land über den kommunalen Finanzausgleich, der heute

im Kabinett beschlossen werden soll, dafür auf. Laut TA-Infomationen ist eine Erhöhung der Landeszuschüsse um 111 Millionen Euro vorgesehen. Dazu kommen nach Bedarf noch Gelder für die 2000 neuen Erzieherinnen, die in den Kindergärten eingestellt werden sollen.

SEITE 2

„Wir bevormunden die Leute“

Im TA-Gespräch: Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer beim Städte- und Gemeindebund, zu Wohnkosten

Gerd LANDSBERG
(57), Chef des Städte- und Gemeindebundes, ist für die Einführung von Pauschalen für die Wohnkosten von Arbeitslosen.

Der Bund kitzelt den Kommunen die Zuschüsse für Hartz-IV-Wohnungen. Können Sie die Ausfälle beziffern?

Wir verzeichnen eine deutliche Steigerung der Kosten und der Bund zahlt weniger. Das ist ungerecht. Konkret: Die Kommunen zahlen im nächsten Jahr fast eine Milliarde Euro mehr und der Bund 170 Millionen weniger als noch 2009 für die Unterkunftskosten.

Wie kommt denn das?

Der Bundesanteil berechnet sich nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften, also der Hartz IV-Haushalte. Die ist 2009 zurückgegangen, die Kosten für Miete und Heizung sind trotzdem gestiegen, seit 2005 immerhin um 17 Prozent.

Woher nehmen Sie das Geld?

Die Masse der Städte und Gemeinden finanziert das über neue Schulden. Letzten Endes finanzieren wir Bundesleistungen über Kredit vor – das muss sich ändern. Der Bundesanteil muss sich an den tatsächlichen Kosten, die anfallen, orientieren und nicht an der Zahl der Bedarfsgemeinschaften.

Müssen Arbeitslose jetzt in kalte Stuben umziehen?

Für die Betroffenen ändert sich nichts – in der Regel bleiben die Menschen ja in den Wohnungen, die sie vor der Hilfebedürftigkeit hatten. Ich frage mich allerdings, ob es überhaupt eine kommunale Aufgabe ist, Wohnraum zu finanzieren. Auch die Differenzierung zwischen Wohngeld – eine Bundesleistung – und Unterkunftskosten halte ich nicht für sehr sinnvoll. Wir brauchen langfristig ein anderes System.

Was wäre sinnvoller?

Wenn jemand sein Wohnen nicht finanzieren kann, bekommt er dafür vom Staat ei-

nen bestimmten Betrag, eine Pauschale. Das ist bei jedem Bafög-Empfänger so und niemand schreibt dem dann vor, auf wie viel Quadratmetern er zu wohnen hat. Wir bevormunden die Leute und schaffen so viel Bürokratie. 175 000 Verfahren sind bei Sozialgerichten anhängig, ein Großteil dreht sich nur um Unterkunftskosten.

Die Mieten unterscheiden sich regional stark...

Man könnte die Pauschale regionalisieren und sogar großzügiger sein, weil man so viel Bürokratie sparen würde.

Gespräch: Axel FICK

Thüringer Allgemeine
vom 08.12.2009

Dramatischer Einbruch bei Gewerbesteuern

Die Einnahmen der Stadt Erfurt in diesen Bereich

haben sich von 2008 auf 2009 fast halbiert

Defizitär und dramatisch – mit diesen Attributen ist die Finanzlage der Stadt Erfurt für 2010 versehen. Die Statistik für das laufende Jahr zeigt bereits deutlich, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben der Kommunen in Thüringen stark auseinanderklafft.

ERFURT (vd).
Die Ausgaben der Stadt Erfurt belaufen sich nach Mitteilung des Thüringer Landesamtes für Statistik in den ersten neun Monaten dieses Jahres auf

369,2 Millionen Euro. Das sind pro Einwohner 1688 Euro. Es wurden rund 27,5 Millionen Euro mehr ausgegeben als im gleichen Zeitraum 2008. Damit liegt die Landeshauptstadt im Trend: In der Summe gaben alle Thüringer Kommunen 3,34 Milliarden Euro aus, 194 Millionen Euro mehr als 2008.

Die Ausgaben für das städtische Personal in Erfurt stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Grund tariflicher Anpassungen um neun Millionen Euro. Gestiegen sind die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand – von 64 Millionen

Euro (2008) auf aktuell 70 Millionen Euro, u.a. durch höhere Kosten für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie deren Unterhaltung. Für Sachinvestitionen wurden knapp 6,5 Millionen Euro mehr ausgegeben, u.a. bedingt durch Mittel aus dem Konjunkturpaket II.

Die Einnahmen aus Steuern füllten die kommunalen Kassen der Thüringer Kommunen in den ersten neun Monaten dieses Jahres mit 694 Millionen Euro, das sind 116 Millionen Euro weniger als im Jahr 2008. In Erfurt brachen die Steuer-

einnahmen um knapp ein Drittel weg – von 94 Millionen Euro in den ersten drei Quartalen 2008 auf 68 Millionen Euro in diesem Jahr. Dramatisch ist der Rückgang vor allem bei der Gewerbesteuer, diese hat sich fast halbiert. Die Einkommensteuer füllte die Stadtkasse mit 18,1 Millionen Euro, ein Rückgang um 1,6 Millionen Euro. Einziges Lichtblick: Gestiegene Zuschüsse und Zuweisungen von Bund, Land und aus dem Lastenausgleichsfonds mindern unterm Strich das Defizit.